

Zeitschrift: Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein
Herausgeber: Schweizer-Verein im Fürstentum Liechtenstein
Band: - (1974)
Heft: 1

Artikel: Eröffnung des Liechtensteinischen Landtags
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-938863>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ERÖFFNUNG DES LIECHTENSTEINISCHEN LANDTAGS

Mit einer ungewöhnlichen Rede, die er als eine Rede an das ganze liechtensteinische Volk bezeichnete, hat Landesfürst Franz Josef II. am 27. März den im Februar neugewählten Landtag eröffnet. SD Fürst Franz Josef betonte einleitend, dass er sich nicht mit einer Parlamentseröffnungsrede in üblichem Sinne an die Volksvertretung wenden wolle, sondern sich als Oberhaupt einer grossen Familie fühle, wie sie die Bevölkerung eines kleinen Landes darstelle.

In den nachfolgenden Passagen der für solche Anlässe auch aussergewöhnlich umfangreichen Rede, griff der Landesfürst eine Reihe politisch heisser Eisen auf. Der Fürst sprach sich für eine weitere Verbesserung der staatlichen Subventionsregelung und Krediterleichterungen zur Förderung des Baues von Eigenheimen aus, die angesichts der inflationären Entwicklung die beste Grundlage zur Bildung von Volksvermögen darstelle.

Um der öffentlichen Hand die Beschaffung und Weitergabe von baureifem Grund an liechtensteinische Bürger besser als bisher zu ermöglichen, forderte der Landesfürst eine höhere Besteuerung der grösseren Grundbesitze, namentlich von juristischen und natürlichen Personen, die umfangreichere Grundflächen in den Bauzonen halten. Gleichzeitig wandte sich der Landesfürst gegen zu hohe Sozialabgaben von Industrie und Gewerbe, weil man die Kuh, die man melke, nicht umbringen dürfe. Liechtenstein müsse im Verhältnis Arbeitnehmer und Arbeitgeber auch in Zukunft eigene Wege gehen und dürfe nicht versuchen, ausländische Modelle der Mitbestimmung, die meist parteipolitisch motiviert seien, zu kopieren. Als Nonsens bezeichnete Fürst Franz Josef schliesslich die liechtensteinische Erwerbssteuer in der heutigen Form, welche vor allem den Arbeitnehmer belaste. Der Monarch forderte die Ablösung der Erwerbssteuer durch eine allgemeine Einkommenssteuer, die auch Erträge aus Vermögenswerten einschliesst.

Zum Thema Bauwesen richtete sich die Kritik des Landesfürsten vor allem gegen den oftmals von "lokaler Eitelkeit" gepflegten Monumentalismus. Oeffentliche Bauten müssten einen Zweck erfüllen und dürfen nicht zu Pyramiden werden, die mit ihrem Gewicht Land und Leute von Liechtenstein erdrücken. Das gleiche forderte er auch für den Strassenbau, der lediglich dem Bedarf angepasst werden sollte.

Im Zusammenhang mit dem Thema Umweltschutz gab der Fürst seiner Ueberzeugung davon Ausdruck, dass die St.Galler als

loyale Nachbarn dafür sorgen werden, dass die sich im Bau befindende Destillationsanlage bei Sennwald den liechtensteinischen Forderungen nach vermehrtem Schutz gegen Luftverunreinigung entsprechen werde.

Zum Schluss seiner Thronrede sprach sich Fürst Franz Josef II. erneut für die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts aus. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass es im Jahre 1940 vor allem die liechtensteinischen Frauen gewesen seien, die eine Unterschriftenaktion durchführten, die in der damaligen kritischen Zeit dem Ausland kundgetan habe, "dass das Liechtensteinische Volk seine Selbständigkeit weiterhin in Verbundenheit mit der Schweiz wahren wolle".



links neben dem liechtensteinischen Landesfürsten, der neue Regierungschef Dr. Walter Kieber.

NEUE LIECHTENSTEINISCHE REGIERUNG GEWÄHLT.

In der ersten Geschäftssitzung der neuen Legislaturperiode hat der liechtensteinische Landtag am 27. März die neue Regierung gewählt, die vom Landesfürsten noch am gleichen